



## GBK-Kommunalrundbrief Nr.112

März 2017

Liebe Mitglieder,  
Liebe Kommunalpolitikerinnen  
und Kommunalpolitiker,

„Hartnäckig, pragmatisch, grün“ titelte Heinz Kannenberg von der MOZ seinen Artikel zur Halbzeitbilanz der Fraktion Grüne/BI Stadtentwicklung/Pirat in Frankfurt (Oder). Klar zeigte er den Anspruch der Fraktion auf, die Stadt mitzugestalten und in zentralen Forderungen pragmatisch auf die Entwicklung der Stadt einzugehen. Er stellte die Kooperationsfähigkeit mit den anderen Fraktionen der Linken und der SPD heraus, die eine Perspektive für eine Oberbürgermeisterwahl bilden kann.

Am 4. März haben sich bündnisgrüne Politikerinnen auf dem Vernetzungstreffen der GBK über die Stärkung von Frauen in Parlamenten ausgetauscht und über ein Parité-Gesetz informiert. Anschließend startete das neue Frauenmentoring-Programm des grünen Landesverbandes. In Falkensee wurden die Kompetenzen der Gleichstellungsbeauftragten auf Antrag der Bündnisgrünen wesentlich erweitert.

„Bürgermeister\*in werden“ ist ein Seminar, was die GBK zu den bevorstehenden Wahlen von Hauptverwaltungsbeamten in über 40 Kommunen in Brandenburg anbietet. Wer sich überlegt, ob sie oder er kandidieren möchte oder wie ein Kandidat\*in unterstützt werden kann, ist hier am 9. April genau richtig.

Einen grünen Frühling wünscht  
Ansgar Gusy

## Inhaltsverzeichnis

<b>Land und Ländlichkeit</b>	<b>2</b>
Ländlicher Raum- Bericht aus der Enquete-Kommission, Familienbetriebe im ländlichen Raum, Beilage der Zeitschrift Das Parlament zum ländlichen Raum sowie ein Bericht aus der Welt,	
<b>Klima und Nachhaltigkeit</b>	<b>5</b>
Nachhaltigkeitsziele für Kommune, Klimaschutzprogramm, Fahrrad und Klimaschutz, Mooswände als CO2-Spender, Mitfahrgelegenheiten, Alleenschutz in Luckenwalde	
<b>Geflüchtete, Gleichstellung, Bildung</b>	<b>9</b>
Förderprogramm für Geflüchtete Frauen und Mädchen, Antrag: Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten, Gender und Bildung, Wie funktioniert die Grundschule in Brandenburg, Willkommensbuch, zum weiterlesen	
<b>Stadtentwicklung</b>	<b>15</b>
Innenentwicklung, Gestaltungsbeiräte und Gartenstadt	
<b>Transparenz und Demokratie</b>	<b>15</b>
Transparenzbericht, Informationsfreiheit, Parité-Gesetz, Wahlkampf mit WhatsApp	
<b>GBK- Mitgliederversammlung</b>	<b>16</b>
Protokoll und Vorstandsbericht	

## LAND UND LÄNDLICHKEIT

### Gemeinsam für lebendige Dörfer

#### Zukunft der Dörfer in Brandenburg

Zur Antwort der Landesregierung auf die [Große Anfrage „Zukunft der Dörfer in Brandenburg“](#) der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN nimmt BENJAMIN RASCHKE, Sprecher für ländliche Räume und Mitglied der Enquêtekommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“, Stellung:

„Brandenburgs Dörfer sind verschwunden. Nicht von der Landkarte, aber offenbar aus dem Blick der rot-roten Landesregierung. Mit der Gemeindegebietsreform 2003 sind viele Brandenburger Dörfer zu Gemeinden zusammengeschlossen worden und existieren damit rechtlich nur noch als Ortsteile – für die sich die Landesregierung nach eigener Auskunft nicht mehr zuständig sieht. Noch nicht einmal Daten zu den brandenburgischen Dörfern werden in der amtlichen Statistik erhoben. Mit der Gemeindegebietsreform gingen auch viele Gemeinderäte und damit wichtige ehrenamtliche Strukturen verloren. Dass der Landesregierung jetzt die herausragenden Bündnisse der Ortsvorsteher im Landkreis Spree-Neiße oder in der Stadt Storkow, die sich trotz der Eingemeindung für ihre Dörfer einsetzen, nicht bekannt sind, ist ein fatales Signal.“

Das Vergessen der Dörfer hat Folgen: Weder wird das erfolgreiche [Brandenburger Projekt der „Dorfkümmerer“](#) weiter finanziert, noch gibt es im neuen Landesentwicklungsplan Konzepte und Strategien, um die Zukunftsfähigkeit der Dörfer zu befördern. „Wir hören nicht zuletzt in den BürgerInnensprechstunden der Enquêtekommission von eingemeindeten Dörfern, in denen das Geld nur noch in die Kernstadt fließt oder ganze Ortsteile im

Gemeinderat vergessen werden“, so BENJAMIN RASCHKE. „Da hilft es nicht, wenn Minister Vogelsänger darauf verweist, dass insgesamt für die ländlichen Räume viel Geld zur Verfügung stünde oder er einmal im Jahr das [Bundesprogramm „Unser Dorf hat Zukunft“](#) bewirbt. Wir müssen die Dörfer wieder stärken und erwarten vom Ministerium hier ein Umdenken.“

Konkrete Vorschläge dazu lägen vor, so BENJAMIN RASCHKE, etwa Ortsteilbudgets für eingemeindete Dörfer oder weitergehende Mitspracherechte von Ortsvorsteherinnen und -vorstehern. Nötig sei auch eine stärkere Unterstützung der brandenburgischen „Dorfbewegung“, die seit Jahren dafür kämpft, dass die Stimme der Dörfer auch in Brandenburg gehört wird. „Die Stärkung der Dörfer muss und wird uns in der Enquêtekommission für ländliche Räume und im Parlament weiter beschäftigen“, so BENJAMIN RASCHKE abschließend.

#### Weiterführende Informationen

[>> Große Anfrage „Zukunft der Dörfer in Brandenburg“ und Antwort der Landesregierung \(pdf-Datei\)](#)

[>> Dorfkümmerer](#)

[>> Bundesprogramm „Unser Dorf hat Zukunft“](#)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage Nr. 18 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 6/5886) „Zukunft der Dörfer in Brandenburg“

#### Es lebe das Dorf - den Dörfern in Brandenburger wieder mehr Rechte geben

Der Landtag stellt fest:

Mit der letzten Gemeindegebietsreform 2003 sind viele Brandenburger Dörfer zu Gemeinden zusammengeschlossen worden und existieren damit rechtlich nur

noch als Ortsteile. In vielen Fällen profitierten die Einwohnerinnen und Einwohner von einer stärkeren Verwaltung, zeitgleich gingen damit auch viele Gemeinderäte und damit wichtige ehrenamtliche Strukturen verloren. Bis heute verstehen sich die meisten Menschen als Bewohnerinnen und Bewohner ihres Dorfes, nur selten als Teil der größeren Verwaltungsgemeinde. Die Dörfer selbst haben mit dieser Reform viel Einfluss verloren und können die Wünsche und Ansprüche ihrer Bürgerinnen und Bürger nur an die größere Gemeinde durchreichen, nicht aber eigenständig lösen. Dabei sind es die Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner, die mit ihren Ideen und ihrer Tat- kraft lebendige Dörfer schaffen. In den letzten Jahren mehren sich aber die Berichte aus Dörfern besonders in den ländlichen Räumen Brandenburgs, dass ihre Anliegen nach der letzten Gemeindegebietsreform von den übergeordneten Gemeinden und dem Land nicht gehört würden. Auch die bisherige Arbeit der Enquetekommission zur Zukunft des ländlichen Raums vor dem Hintergrund des demografischen Wandels bestätigt diese Erfahrung.

Damit die Dörfer ihre eigene Zukunft besser gestalten können, müssen ihnen wieder mehr Rechte eingeräumt werden.

Zur Debatte „Zukunft der Dörfer in Brandenburg“ hier der Link zu den Videos der Redebeiträge: [https://www.rbb-online.de/imparlament/brandenburg/2017/01--maerz-2017/01\\_maerz\\_2017\\_-\\_41\\_Sitzung\\_des\\_Brandenburger\\_Landtags.html](https://www.rbb-online.de/imparlament/brandenburg/2017/01--maerz-2017/01_maerz_2017_-_41_Sitzung_des_Brandenburger_Landtags.html) Benjamin Raschkes Redebeitrag hier: [https://www.rbb-online.de/imparlament/brandenburg/2017/01--maerz-2017/01\\_maerz\\_2017\\_-\\_41\\_Sitzung\\_des\\_Brandenburger\\_Landtags/benjamin-raschke--buendnis-90-die-gruenen--top8.html](https://www.rbb-online.de/imparlament/brandenburg/2017/01--maerz-2017/01_maerz_2017_-_41_Sitzung_des_Brandenburger_Landtags/benjamin-raschke--buendnis-90-die-gruenen--top8.html)

Am Ende hat die CDU den Bündnisgrünen Entschließungsantrag unterstützt.

## „Land und Ländlichkeit“

### ***Beilage Nov. 2016 der Zeitschrift „Das Parlament“***

Die Entwicklung von ländlichen Regionen gestaltet sich sehr unterschiedlich. Hat in einigen Dörfern auch der letzte Lebensmittelladen geschlossen, der Landarzt sein Glück woanders gesucht und kommt, wenn überhaupt, nur noch ein Bus pro Tag, boomen andere Gegenden geradezu und wachsen an Einwohner\*innen und Angeboten. Von "gleichwertigen Lebensverhältnissen" kann oft nicht mehr die Rede sein. Vielen Menschen erscheint indes ein ländliches Leben (wieder) als attraktiv. Die "Landlust" hat um sich gegriffen, Großstädter ziehen auf der Suche nach dem "guten Leben" raus, um ihre Vorstellungen von "Ländlichkeit" zu verwirklichen, oder holen das RURALE in Form von urban gardening oder urban farming in die Stadt.

### **Weitere Informationen**

### **Dem Leben auf dem Land gehört die Zukunft**

Von wegen, in der Provinz ([link](#)) findet man nur „Abgehängte“. In Wirklichkeit ist das Armutsrisiko in den Städten größer. Und durch Digitalisierung wird man auch jenseits der Ballungsräume gut vernetzt sein. Ein Beitrag von Daniel Dettling auf [welt.de](#) .

### **Familienbetriebe im ländlichen Raum**

Was land- und forstwirtschaftliche Familienbetriebe für die Stabilität und Entwicklung des ländlichen Raums leisten können

In vielen ländlichen Regionen zeigt sich ein typisches, problembeladenes Bild: Jobs gehen verloren, Arztpraxen und Schulen schließen, Menschen wandern ab. Vielerorts versuchen jedoch engagierte Menschen mit neuen Ideen die Attraktivität ihrer Dörfer zu erhalten und

dem Bevölkerungsschwund entgegenzuwirken. Traditionellen Familienbetrieben aus der Land- und Forstwirtschaft kommt dabei eine besondere Rolle zu, denn sie sind im wahrsten Sinne des Wortes ortsgebunden. Wie sie mithelfen können, ländliche Regionen zu stabilisieren, hat das Berlin-Institut anhand von elf Betrieben untersucht, die sich in besonderem Maße für die Revitalisierung des ländlichen Raums engagieren. Die Auswahl ist nicht repräsentativ für alle Familienbetriebe in Deutschland, ihre Ideen und Lösungen sollen vielmehr Vorbildcharakter haben und andere inspirieren.

[Hier](#) finden Sie die vollständige Studie als PDF. [Newsletter zur Studie](#)

## **Dorfwettbewerb 2 Sieger aus Brandenburg**

Die Dorfbewegung Brandenburg gratuliert den Gewinnern aus Brandenburg ganz herzlich - Euer Erfolg macht uns allen Mut!

GOLD: Sauen - Landkreis Oder-Spree

SILBER: Straupitz, Landkreis Dahme-Spreewald

Gutes Leben auf dem Land – die Dorfgemeinschaften hatten der Jury viele Ideen und Konzepte dazu präsentiert. Unterm Strich waren die Ziele oft gleich: die Gemeinschaft im Ort stärken, alltagstauglich sein und das Dorf wirtschaftlich voranbringen.

Engagement - vor allem auf dem Land

Der Bundeslandwirtschaftsminister griff das bei seiner Rede vor etwa 2700 geladenen Gästen auf: "Engagement hat vor allem auf dem Land eine Heimat." Der Dorfwettbewerb sei auch eine "Erfolgsgeschichte des Ehrenamts".

Beispielhafter Einsatz im eigenen Ort

Die Aktiven in einem Dorf hatten zum Beispiel ehemalige Scheunen in Wohnungen für alle Altersstufen umgewandelt. Das legte den Grundstein für gegenseitige Hilfe, etwa bei der Kinderbetreuung oder beim Einkaufen. In

anderen Orten bereichern die Menschen das Dorfleben mit ehrenamtlichen Fahrdiensten, einem Multifunktionshaus, einer von Freiwilligen betriebenen Dorfgaststätte als Begegnungsort oder dem Bau eines Fahrradparcours für Kinder. In einem anderen Dorf stellten Männer und Frauen ein internationales Café auf die Beine, um Zuwanderer in der Gemeinschaft aufzunehmen und willkommen zu heißen.

Zukunftsthema Entwicklung ländlicher Regionen

Schmidt sagte bei der Preisverleihung: "Die Sicherung der Attraktivität unserer Heimat auf dem Land wird und muss ein zentrales Thema der nächsten Jahre werden." Mit seinem Ministerium setze er sich daher speziell für ländliche Entwicklung ein.

## **Nachbarschaftsnetzwerke: Vieregge interviewt Monika Lang**

Nachbarschaft und

Nachbarschaftsnetzwerke stellen eine besondere Form zivilgesellschaftlicher Aktivität dar, die an Bedeutung zunimmt, so Monika Lang, Gründerin und erste Vorsitzende der Öcher Frönnde (hochdeutsch: Aachener Freunde). Wie dieser vor gut zehn Jahren gegründete und mehrfach ausgezeichnete Nachbarschafts- und Freundesverein funktioniert, was er bezweckt und was er erreicht - und was nicht -, sind Themen im Interview, das Henning von Vieregge geführt hat. Es ist zuerst im Verbändereport 1/2017 erschienen.

[Interview mit Monika Lang](#) (PDF, 837 kB)

## **Gemeinde- und Ortsteilverzeichnis**

Zum Bestellen:

Umfangreiche Angaben für die mehr als 5.000 Orte im Land Brandenburg - Stand 1. Januar 2017

[Artikel lesen](#)

## **KLIMA UND NACHHALTIGKEIT**

### **Kommunen für eine nachhaltige Entwicklung**

Globale Ansprüche, lokale Wirklichkeit

Neue Studie des Berlin-Instituts und der Wüstenrot Stiftung zeigt, wie unterschiedlich sich deutsche Kommunen für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen.

Als Schöpfer des Begriffs der Nachhaltigkeit gilt Hans Carl von Carlowitz. Als Oberberghauptmann in der sächsischen Bergbaustadt Freiberg sah er, dass die Verschaltungen der Erzgruben und das Verhütten der Silbererze so viel Holz verschlangen, dass ein Ende der Wälder im Erzgebirge kurz bevorstand. Seine Lösung: Es dürfe künftig nicht mehr Holz aus dem Wald geschlagen werden, als in einem bestimmten Zeitraum nachwachse.

Bis Politik und Gesellschaft die Idee einer nachhaltigen Nutzung von Ressourcen auch außerhalb der Forstwirtschaft diskutierten, dauerte es jedoch noch mehr als zwei Jahrhunderte. Erst als die globalen ökologischen Auswirkungen des Wirtschaftens immer sichtbarer wurden, setzte allmählich ein Bewusstseinswandel ein. Der sogenannte Brundtland-Bericht 1987 machte den Anfang. 1992 legte das Abschlussdokument der internationalen Umweltkonferenz in Rio de Janeiro konkrete Handlungsaufträge für das 21. Jahrhundert vor. Zehn Jahre später beschloss auch die deutsche Regierung die erste nationale Nachhaltigkeitsstrategie, die sie 2016 umfassend überarbeitet hat. Darin formuliert sie konkrete Ziele in den Bereichen Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung. Allerdings droht Deutschland einige seiner selbstgesteckten Ziele zu verpassen.

Noch lange kein Endspurt

Das Statistische Bundesamt misst die Fortschritte bei der Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie anhand von zahlreichen Indikatoren. Dazu zählen

unter anderem der tägliche Flächenverbrauch, der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Energieverbrauch oder die Höhe der Treibhausgasemissionen. Zwar weist die Entwicklung in allen drei Beispielen in die richtige Richtung, es gilt jedoch als unwahrscheinlich, dass die gesetzten Zielwerte erreicht werden.

### **Global denken, lokal handeln**

Die Agenda 21 von Rio de Janeiro wies erstmalig den Kommunen eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitsbestrebungen zu. Auch auf Bundesebene wird die besondere Bedeutung der lokalen und regionalen Verwaltungen hervorgehoben. Doch können die Städte und Gemeinden diesem Anspruch wirklich gerecht werden? Reichen ihre Anstrengungen aus, um die vielfältigen Ziele zu erreichen? An welchen – zumeist nicht bindenden – Zielen orientieren sich die Gemeinden letztendlich und wo ergeben sich aus ihrer Sicht gar Widersprüche?

### **Zehn Städte, zehn Strategien**

Die Studie des Berlin-Instituts hat die Nachhaltigkeitsstrategien von zehn Städten in Deutschland untersucht, die unterschiedliche Voraussetzungen aufweisen, eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben. Die Städteanalysen beruhen auf leitfadengestützten qualitativen Interviews mit Bürgermeisterinnen und Vertretern der Stadtverwaltungen sowie statistischen Auswertungen.

Von Freiburg bis Norderstedt, von Pirmasens nach Oelsnitz Die zehn untersuchten Städte unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Größe, zentralörtlichen Funktion, Lage und demografischen Entwicklung. Vier der zehn Städte liegen in den östlichen Bundesländern. Davon repräsentiert Leipzig die wiedergewonnene Attraktivität der Großstadt, während Oelsnitz, Lutherstadt Wittenberg und Schmalkalden stellvertretend für kleine und mittelgroße Städte stehen. Unter den Städten in den westlichen Bundesländern haben Essen und Pirmasens eine altindustrielle Vergangenheit. Die

Kleinstädte Bad Wildbad und Wunsiedel sind ebenfalls von schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt. Norderstedt und Freiburg hingegen können auf eine lange Geschichte demografischen und ökonomischen Aufschwungs zurückblicken.

Die Städte zeigen eine große Bandbreite an kommunalen Realitäten und Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Einige der befragten Städte wachsen rasant. Sie müssen genügend Wohnraum schaffen, ohne dass die letzten Grünflächen verschwinden und trotz zunehmenden Verkehrs verhindern, dass die Belastungen durch Luftverschmutzung und Lärm steigt. Andere Städte verlieren enorm an Einwohnern und stehen vor der Herausforderung, für immer weniger Nutzer kostspielige Infrastrukturen bereitzuhalten, etwa den öffentlichen Nahverkehr, Schulen und Kindergärten oder Sport- und Freizeiteinrichtungen.

Die konkreten Beispiele illustrieren dabei, wie die Verantwortlichen vor Ort Nachhaltigkeit verstehen. Und dies unterscheidet sich zum Teil stark. Nur wenige der befragten Kommunen haben ganzheitliche, sektorenübergreifende und langfristige Konzepte und Strategien, an denen Verwaltung und Politik ihr tägliches Handeln ausrichten können. Vor allem wachsende Städte mit einer guten finanziellen Ausstattung „leisten“ sich Nachhaltigkeitsmanagements. Für finanzschwache und schrumpfende Kommunen ist Nachhaltigkeit eher in jenen Themenbereichen interessant, in denen es Fördermöglichkeiten gibt oder wo sich langfristig Geld einsparen lässt.

### **Was tun?**

Weil die Rahmenbedingungen für die Kommunen so unterschiedlich sind, können sie nicht im gleichen Umfang zum Erreichen jedes einzelnen Ziels beitragen. Eine regionale Differenzierung der Nachhaltigkeitsziele könnte diese Unterschiede aufgreifen und dafür sorgen, dass die Summe der kommunalen Anstrengungen unterm Strich den nationalen Zielen entspräche.

Schrumpfende Städte und Gemeinden könnten etwa ungenutzte Flächen entsiegeln und ihre Flächeninanspruchnahme dadurch stärker reduzieren als wachsende Regionen. Gleichzeitig könnten wachsende Großstädte in die Pflicht genommen werden, ihren Verkehr stärker auf klimafreundliche Verkehrsträger zu lenken.

Während der Bund und einige Länder mit ihren Nachhaltigkeitszielen auch Indikatoren zur Messung von Erfolgen und Misserfolgen entwickelt haben, verfügen viele Kommunen weder über eine übergeordnete Nachhaltigkeitsstrategie noch über Möglichkeiten, die Wirkung ihres Handelns zu messen. Die Kommunen sind daher aufgefordert, konkrete Nachhaltigkeitsziele und darauf aufbauend geeignete Indikatoren zu entwickeln, mit denen Anspruch und Wirklichkeit der Nachhaltigkeitsbestrebungen abgeglichen werden können. Dabei brauchen insbesondere Kommunen mit geringen finanziellen und personellen Möglichkeiten die Unterstützung der Länder und des Bundes.

Die Studie "Globale Ansprüche, lokale Wirklichkeit. Wie unterschiedlich deutsche Kommunen eine nachhaltige Entwicklung umsetzen" entstand in Zusammenarbeit mit der Wüstenrot Stiftung. Die Studie ist unter folgendem Link erreichbar:

<http://www.berlin-institut.org/publikationen/studien/Globale-Ansprueche-lokale-Wirklichkeit.html>

### **„Kommunen aktiv für den Klimaschutz“**

Fahrverbote nur „ultima ratio“ – Bekämpfung an der Quelle vorziehen. 10. DStGB-Konferenz „Kommunen aktiv für den Klimaschutz“ in der Deutschen Welle in Bonn.

„Die Klimaschutzziele und die Umsetzung des am 04. November 2016 in Kraft getretenen Weltklimaabkommens von Paris mit einer dort beschlossenen Begrenzung der Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad sind ohne die

Kommunen und ihre Bürgerschaft nicht zu erreichen.“ Dies erklärte der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Bürgermeister Roland Schäfer, Bergkamen, bei der 10. DStGB-Konferenz „Kommunen aktiv für den Klimaschutz“ in Bonn, an der auch Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks teilnahm.

Klimaschutz ist in Städten und Gemeinden eine Querschnittsaufgabe. Insbesondere durch den planerischen Ausbau der Windenergie und der Biomasse, aber auch durch die Solarförderung ist der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten deutschen Stromverbrauch bereits auf über 32 Prozent gestiegen. Weiteres Potenzial für ein Mehr an Klimaschutz in den Kommunen sieht der Deutsche Städte- und Gemeindebund in einer „Stadt der kurzen Wege“, einer umweltfreundlichen Beschaffungspraxis, der Förderung der Elektromobilität sowie bei der Beleuchtung. Allein durch den LED-Einsatz bei der Straßenbeleuchtung können Kommunen bis zu 2,2 Milliarden Kilowattstunden Strom sparen und rund 1,4 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen vermeiden.

„Das Ziel, bis zum Jahr 2050 CO<sub>2</sub>-neutral zu leben, werden wir mit freiwilligen Absichtserklärungen allein nicht erreichen. Vielmehr sind für eine Treibhausgasneutralität auch verpflichtende Maßnahmen, insbesondere der Industrie, nötig“, betonte Schäfer. Auch in einer Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden, die 35 Prozent der Endenergie verbrauchen, schlummern große Einsparpotenziale. Dabei muss das Motto gelten: Dämmstyroporwahn verhindern und innovative Energieeinsparungen fördern. Der DStGB fordert zudem, Standards nicht zu überziehen: „Wohnen muss bezahlbar bleiben!“, so Schäfer.

Die aktuelle Diskussion um die Verringerung der Stickoxidwerte, die Einführung einer „Blauen Plakette“ sowie das Verbot von Dieselfahrzeugen verdeutlicht die Notwendigkeit, die Schadstoffe an der Quelle zu bekämpfen

statt an Symptomen zu kurieren. Zur Ursachenbekämpfung gehört, die Autohersteller in die Pflicht zur Produktion schadstoffarmer Fahrzeuge zu nehmen. Jedenfalls können Fahrverbote für Dieselfahrzeuge nur die „ultima ratio“ sein, zumal beim Feinstaub auch der Abrieb von Bremsen und Reifen die Luft belastet. Innovative Mobilitätskonzepte sowie eine Stärkung der Elektromobilität, des ÖPNV und des Fahrradverkehrs müssen daher Vorrang haben. Bei der E-Mobilität muss eine Förderung auf das Handwerk, örtliche Lieferanten sowie den ÖPNV fokussiert werden. Ferner kann durch eine intelligente, IT-gestützte Verkehrsleitung die Belastung der Luft verringert werden. „Weniger Stau bedeutet weniger Staub“, so Schäfer. Eine umfassende und klimafreundliche Mobilitätsstrategie führt zudem zu einer Verminderung der Luftbelastung mit Schadstoffen und zu einer hohen Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden.

### **Können Kommunen für gutes Klima sorgen?**

Seit dem 01. Januar 2017 sind die Antragsfenster für viele attraktive Förderschwerpunkte geöffnet. Die Seite [www.Klimaschutz.de](http://www.Klimaschutz.de) des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit gibt einen schnellen Überblick für Antragsteller mit Klimaschutzideen.

### **Interesse an Stuttgarts Mooswand ist riesig**

Nach Partikelklebstoff auf der Straße und Putzaktionen für den Belag startet die Stadt Stuttgart mit der [Mooswand](#) den nächsten spektakulären Versuch, die viel zu hohe Schadstoffkonzentration im Kessel zu drücken. Das Interesse ist gewaltig. Der öffentlichen Präsentation des Prototypen wohnten mehrere Fernsehteams aus dem In- und Ausland bei – just an dem Tag, an dem der nächste Feinstaub-Alarm ausgerufen werden musste.

### **Zum Begriff der Allee –der Kampf um zwei Baumreihen in Luckenwalde**

Von RA Tim Stähle, Berlin, entnommen aus IDUR Schnellbrief

Was ist eine Allee im Sinne des § 17 Abs. 1 des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes? Dies war die Kernfrage des Rechtsstreits des BUND Brandenburg zur Rettung von zwei Baumreihen in einer Fußgängerzone in Luckenwalde, Brandenburg. Im Ergebnis entschied das OVG Berlin-Brandenburg mit Beschluss vom 26.9.2016, OVG 11 S 23.16, dass die beiden Baumreihen auf dem so genannten Boulevard keine Allee seien. Aus Sicht des Baumschutzes ist der Beschluss enttäuschend, weil das OVG seinem Beschluss eine restriktive Auslegung des Alleebegriffs zugrunde legte, welche sich nicht konsequent am Schutzzweck der Allee und dem historisch gewachsenen Alleebegriff orientiert. In den Vordergrund rückte das OVG insbesondere die Zweckbestimmung des von den Baumreihen eingefassten Verkehrsweges. Naturschutzaspekte und gestalterische Elemente, zu welchen der BUND zur Untermauerung der Alleeneigenschaft vorgetragen hatte, spielten in der Entscheidung eine untergeordnete Rolle.

Weiter in IDUR-Schnellbrief 200, <http://idur.de/recht-der-natur-schnellbrief-200januarfebruar-2017/>

### **Neue Runde im Bundeswettbewerb „Klimaschutz durch Radverkehr“**

Mehr Radverkehr ist ein wichtiger Baustein, um die Klimaziele im Bereich Verkehrs zu erreichen. Das Bundesumweltministerium fördert daher seit 2016 Investitionen in die Radverkehrsinfrastruktur mit dem Bundeswettbewerb „Klimaschutz durch Radverkehr“.

Bewerben können sich Kommunen, kommunale Unternehmen und Verbände mit konkreten Investitionsvorhaben zur Verbesserung der Radinfrastruktur, etwa in Radwege, Stellplätze, fahrradfreundliche

Ampelschaltungen oder in Ladestationen für E-Bikes und Pedelecs.

Vom 15. Februar bis einschließlich 15. Mai 2017 können neue Projektskizzen eingereicht werden. Den entsprechenden Förderaufruf hat das Bundesumweltministerium veröffentlicht.

Bei der ersten Runde des Bundeswettbewerbs wurden 2016 insgesamt 51 Projekte mit einem Fördervolumen von rund 70 Mio. Euro zur Antragstellung aufgefordert. Die ersten 24 Projekte davon wurden bereits Ende 2016 bewilligt und sind in diesem Jahr gestartet.

Der Bundeswettbewerb „Klimaschutz durch Radverkehr“ wird im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) gefördert. Bewerben können sich auch weiterhin Kommunen, kommunale Unternehmen sowie Kooperationen („Verbünde“) von Kommunen, Verbänden, Vereinen, Religionsgemeinschaften mit Körperschaftsstatus und Hochschulen.

Den Förderaufruf sowie weitere Informationen finden Sie auf der Seite der Nationalen Klimaschutzinitiative unter: [www.klimaschutz.de/klimaschutz-durch-radverkehr](http://www.klimaschutz.de/klimaschutz-durch-radverkehr).

### **Gemeinsam günstig unterwegs: Boom für Mitfahrgelegenheiten-Apps**

Millionen von Menschen pendeln täglich auf der Fahrt zur Arbeit. Darunter sind nicht nur Erwerbstätige, sondern auch Schüler und Studenten. Die Tendenz ist steigend. Während die Kontakte früher zumeist über Schwarze Bretter und anschließende Telefonate zustande kamen, unterstützen heute [Internetportale](#) wie flinc, Blabla-Car oder fahrgemeinschaft.de die Bildung von Mitfahrgelegenheiten.

## **GEFLÜCHTETE, GLEICHSTELLUNG BILDUNG**

### **Kommunale Gleichstellungsbeauftragte in Falkensee gestärkt**

Mit einer Änderung der Hauptsatzung wurden die Kompetenzen der Gleichstellungsbeauftragten in Falkensee gestärkt. Es wurden die bisherigen Beschränkungen ihrer Kompetenzen aufgehoben und ihre Rechte durch die Erweiterung auf den Verweis der §§ 22-24 des LGG erweitert. Ursula Nonnemacher berichtete auf der Mitgliederversammlung der GBK über diesen Antrag.

Fraktion GRÜNE/ABü

Änderungsantrag der Fraktion  
GRÜNE/ABU zur DS 7083  
Hauptsatzung der Stadt Falkensee

#### Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

§ 4 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

„Nach Maßgabe der §§ 2 Abs. 3 und 25 Satz 3 Landesgleichstellungsgesetz (LGG) gelten die §§ 22 bis 24 LGG entsprechend.“

#### **Begründung:**

Die Begrenzung auf die Gültigkeit von § 22 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 LGG stellt eine unzulässige Beschränkung der Aufgaben und der Rechte der Gleichstellungsbeauftragten dar.

Einerseits stellt die Aufzählung im § 22 Abs. 1 LGG nur einen Teil des Aufgabenkatalogs dar, d.h. es werden zukünftig weitere Gebiete zu berücksichtigen sein.

Weiterhin gibt es keinen erkennbaren Grund, die weiteren in den §§ 22 bis 24 LGG genannten Aufgaben, Kompetenzen und Rechte wie

- Beteiligung an Personalentscheidungen

- Beteiligung bei der Entwicklung von Beurteilungsmaßstäben und bei Beurteilungskonferenzen
- Akteneinsicht -z.B. auch in Bewerbungsunterlagen von nicht Berücksichtigten- Widerspruchsrechte im weitesten Sinn
- Abhaltung von Sprechstunden
- Kündigungsschutz analog den Mitgliedern des Personalrates
- in der Hauptsatzung auszuschließen.

Die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sind im Land Brandenburg herausgehobene Akteurinnen der Gleichstellungspolitik. Sie wirken sowohl nach innen, in die Kommunalverwaltungen hinein und setzen sich für die Rechte und Interessen der weiblichen Beschäftigten ein. Sie wirken aber vor allem auch in die Städte und Gemeinden hinein, um

Impulse einer modernen Gleichstellungspolitik aufzugreifen und umzusetzen. Dass die im Abschnitt über die Gleichstellungsbeauftragten nach §§ 20-24 getroffenen guten Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes nicht automatisch auf die kommunalen GBA übertragen werden, liegt in dem besonderen Spannungsverhältnis zwischen Landesgesetzgebung und kommunaler Selbstverwaltungsgarantie begründet.

Dies ist in doppelter Hinsicht schwierig. Der Anteil weiblicher Abgeordneter nimmt von der Bundes- über die Landes- bis zur kommunalen Ebene in der Regel ab. Sie beträgt in Kommunalparlamenten in Brandenburg im Schnitt nur 23%. Dort, wo die Aufgaben der kommunalen GBA besonders groß sind, weil es gerade dort gilt, Frauen zu politischem Engagement und zur Vertretung ihrer Interessen zu ermutigen, dort ist der Anteil der Frauen besonders gering. Über die Ausgestaltung der Kompetenzen und der Rechte der kommunalen GBA entscheiden also in

der Regel stark männerdominierte Gremien –ein Widerspruch an sich.

Falkensee hat sowohl was die Repräsentanz von Frauen als auch den bekundeten Willen zu einer modernen Gleichstellungspolitik angeht, glücklicherweise ganz andere Voraussetzungen.

Es sollte deshalb in unserer Hauptsatzung normiert werden, dass die Pflichten und Rechte der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten analog der §§ 22 bis 24 des Landesgleichstellungsgesetz zu fassen sind.

### **Projektförderung zur Integration von Frauen und Mädchen**

Etwa ein Drittel der nach Deutschland Geflüchteten sind Frauen. Insbesondere Frauen und Mädchen haben sowohl im Herkunftsland als auch auf der Flucht sowie mitunter auch in den Gemeinschaftsunterkünften in Deutschland Gewalt erleben müssen und sind zum Teil traumatisiert. Verschiedene Gewaltformen spielen hier eine Rolle wie häusliche Gewalt, Vergewaltigung, Genitalverstümmelung oder sexuelle Belästigung.

Geflüchtete Frauen bringen aber auch große Potentiale mit. In ihren Herkunftsländern haben sie häufig ein selbstbestimmtes Leben geführt. Durch die Flucht und die Ankunft in einem fremden Land sind sie verunsichert und kennen die Strukturen in Deutschland zu wenig. Daraus ergeben sich ein besonderer Bedarf geflüchteter Frauen und Mädchen und die Notwendigkeit spezifischer Unterstützungsleistungen.

Um dem besonderen Unterstützungsbedarf geflüchteter Frauen nachzukommen, gibt es das **Zuwendungsprogramm des Landes Brandenburg für spezifische Angebote zur Integration von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund**. Bei der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg gemeinsam mit der

Landesgleichstellungsbeauftragten können Zuwendungen beantragt werden. Förderfähig sind Projekte und Einzelmaßnahmen freier gemeinnütziger Träger, die mit ihrer Arbeit die Integration von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund im Land Brandenburg unterstützen.

**Dr. Doris Lemmermeier**, Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg: „Frauen und Mädchen brauchen besondere Unterstützung im Integrationsprozess. Sie haben es oft ungleich schwerer – als Frauen ohnehin, mit anderem kulturellen Hintergrund umso mehr. Wir möchten ihnen deshalb spezielle Beratung und Förderung anbieten. Auch geflüchtete Frauen stehen oft vor ganz besonderen Barrieren. Oft leben sie in Gemeinschaftsunterkünften mit wenig Kontakten, kennen ihre Rechte nicht und profitieren besonders von zielgruppenspezifischen Angeboten.“

Landesgleichstellungsbeauftragte **Monika von der Lippe**: „Ich freue mich, dass wir dazu beitragen können, die Integration von Frauen mit Migrationshintergrund zu fördern. Dabei geht es nicht nur um den Schutz vor Gewalt, sondern auch um das Empowerment der Frauen. Wir möchten die Frauen noch mehr dabei unterstützen, ihre Potentiale zu entdecken und sie zu verwirklichen. Nur so ist wirkliche Teilhabe möglich.“

Beispiele für die bisherige Förderung sind die Beratung von Mädchen und Frauen, die von Mehrfachdiskriminierung betroffen sind und das multinationale mobile Lern- und Jobcoaching für geflüchtete Frauen.

Darüber hinaus werden Maßnahmen zur Schaffung:

geschlechtsspezifischer Beratungs- und Betreuungsangebote

geschlechtsspezifischer Angebote zur Bildung und zur psychosozialen Betreuung

geschlechtsspezifischer Angebote im Bereich Sport

Unterstützungsangebote bei Fällen häuslicher Gewalt bzw. Gewalt in Gemeinschaftsunterkünften

Workshops und Schulungen zur Integration von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund gefördert.

Pro Projekt können bis zu 5.000 Euro beantragt werden. Das Antragsformular und weitere Informationen zur Antragsstellung sind auf der Internetseite der Integrationsbeauftragten abrufbar: [www.masgf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.431999.de](http://www.masgf.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.431999.de)

### **Gender\_Sexualitäten\_Begehren**

„Quix“, ein Kollektiv für kritische Bildungsarbeit hat eine neue Broschüre erstellt sie sich mit

Themen rund um Gender\_Sexualitäten\_Begehren in der politischen Bildungsarbeit aus queer\_feministischen und rassismuskritischen Perspektiven befasst! Für diese Broschüre haben Menschen unterschiedlicher

Hintergründe, Perspektiven und Positionen Texte, Interviews, Comics, Illustrationen oder Gedichte verfasst.

Themen wie Sprache und Macht, Überschneidungen von Sexismus und Rassismus, Heteronormativität, Erfahrungsberichte von queeren Seminar-Teilnehmer\_innen, Privilegien, sexualisierte Gewalt, Kritische Männlichkeit und und und werden in der Broschüre angesprochen.

Sie können die Druckversion gegen Versandkosten hier bestellen. Außerdem findet ihr die auf Broschüre auch online als PDF

<https://www.quixkollektiv.org/publikationen/>

### **FLUCHT UND ASYL**

Migrationspolitik

Was ist in der Migrations- und Asylpolitik im letzten Monat passiert? Wie haben sich die Flucht- und Asylyzahlen entwickelt? Wir blicken zurück auf die Situation in Deutschland und Europa.

### **Bürgerliche Scharfmacher**

Gibt es in Deutschland eine soziale Bewegung von rechts? Rechtspopulistische und rechtsextreme Strömungen haben eine neue Sichtbarkeit erreicht. Andreas Speit beleuchtet Akteure, ideologische Grundlagen und Strategien dieser "autoritären Revolte". Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung

### **Hemmschwelle rechtsextremer Gewalttäter sinkt**

Anlässlich der Vorstellung eigener aktueller Zahlen zu rechtsextremen Übergriffen in Brandenburg durch den Verein Opferperspektive hat URSULA NONNEMACHER, innenpolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag, eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen und einen höheren Verfolgungsdruck gegen rechtsextreme Gewalttäter gefordert:

„Es erfüllt mich mit großer Sorge, dass 2016 ein weiterer erheblicher Anstieg rechter und rassistischer Angriffe (insgesamt 221 Vorfälle) in Brandenburg zu verzeichnen ist, nachdem diese bereits 2015 sprunghaft angestiegen waren (von 98 im Jahr 2014 auf 203 im Jahr 2015). Besonders alarmierend ist, dass nicht nur die Zahl der Angriffe, sondern auch das Gewaltniveau gestiegen ist. Brandanschläge wurden nicht mehr vorwiegend – wie zu Beginn des verstärkten Zuzugs von Flüchtlingen 2015 – gegen unbewohnte, sondern inzwischen auch gegen bewohnte Unterkünfte und Wohnungen verübt. Die Hemmschwelle von Rechtsextremen ist soweit gesunken, dass auch vor Gewalt gegen Kinder und Jugendliche nicht Halt gemacht und

zunehmend der Tod von Menschen in Kauf genommen wird.

Besondere Aufmerksamkeit muss der Situation in Frankfurt (Oder), vor allem aber in Cottbus gewidmet werden. In Cottbus erreichte die Zahl rechtsextremer Angriffen 2016 den Höchstwert von 41. Es gilt die lebendige Zivilgesellschaft der Stadt zu stärken und den Verfolgungsdruck der Polizei gegen die dortige neonazistische und gewaltbereite Szene zu erhöhen. Versuchen von Rechtsextremen, den öffentlichen Raum zu dominieren, wie bei einem Fackelzug in Cottbus im Januar, müssen klare Grenzen gesetzt werden.

Auch bei der Strafverfolgung gibt es Verbesserungsbedarf. Es hat sich gezeigt, dass eine zügige strafrechtliche Ahndung zum deutlichen Rückgang politisch motivierter Gewalttaten führen kann. Es muss vermieden werden, dass sich die Täter und ihr Umfeld durch zu langwährende Strafverfahren ermutigt fühlen. Eine unverzügliche Strafverfolgung erschwert zudem die Rekrutierung von Nachwuchs und die weitere Vernetzung rechtsextremer Milieus. Dem muss das Land mit einer angemessenen Zahl von Richterstellen und Staatsanwälten Rechnung tragen.“

### **Integrationsbeauftragte startet Befragung: "Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe – was nun?"**

Dr. Doris Lemmermeier, die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg, hat gemeinsam mit dem Urania Landesverband Brandenburg e.V. eine landesweite Befragung zur aktuellen Entwicklung des Ehrenamtes in der Flüchtlingshilfe gestartet. Lemmermeier

betont: „Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler sind für den Prozess der Integration vor Ort unverzichtbar. Dieses Engagement soll weiter gestärkt werden. Wir möchten von den Menschen selbst erfahren, wie die Situation in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe derzeit aussieht und was das Land tun kann, um die Ehrenamtlichen weiterhin zu unterstützen. Ich wünsche mir, dass sich möglichst viele von ihnen an der Befragung beteiligen, denn ihre persönliche Meinung soll gehört werden.“

Die steigenden Flüchtlingszahlen im Herbst 2015 führten auch in Brandenburg zu einem starken Anwachsen des ehrenamtlichen Engagements. In vielen Städten und Gemeinden bildeten sich Willkommensinitiativen, um die Erstversorgung und das Ankommen in der neuen Gesellschaft zu erleichtern. Diese Willkommensinitiativen – mittlerweile über 100 landesweit – übernahmen sehr rasch wichtige Aufgaben in der Flüchtlingshilfe. Dieses vielfältige Engagement zeigt sich heute in Form von Patenschaften, Deutschkursen, Fahrradwerkstätten und vielem mehr. **Lemmermeier:** „Bei meinen Besuchen vor Ort bin ich immer wieder beeindruckt, wie vielfältig das Engagement der Menschen ist. Viele investieren einen hohen Anteil ihrer Freizeit für die Geflüchteten und das oft schon über einen langen Zeitraum hinweg. Jetzt ist ein guter Zeitpunkt, die Situation des Ehrenamts in der Flüchtlingshilfe genauer anzuschauen, um die Unterstützung seitens des Landes noch passgenauer zu gestalten.“

Schon früh hat die Landesregierung die Willkommensinitiativen durch unbürokratische finanzielle Unterstützung und durch Fortbildungen unterstützt. So konnten im Jahr 2016 115 Anträge von Willkommensinitiativen mit einem Gesamtvolumen von 121.000 € gefördert werden.

*Die Befragung "Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe – was nun?" möchte möglichst viele in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe Engagierte erreichen, um ein aktuelles Lagebild zu erhalten. Wichtige Fragen dabei sind: Welche*

*Veränderungen haben sich im Verlauf des Jahres 2016 ergeben? Welche Tendenzen und Perspektiven zeichnen sich ab? Welche Auswirkungen hat der Rückgang der Zugangszahlen auf das Ehrenamt? Und wie ist die aktuelle Stimmungslage?*

*Dies soll mithilfe einer Kurzstudie, bestehend aus einem Online-Fragebogen und aus Einzelinterviews, mit in der Flüchtlingsarbeit ehrenamtlich Tätigen im Land Brandenburg untersucht werden. Eine Veröffentlichung der Ergebnisse ist geplant. Aus den Ergebnissen sollen landespolitische Handlungsempfehlungen abgeleitet werden, um das ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingsarbeit weiterhin wirkungsvoll unterstützen zu können. Potentiale vor Ort sollen gestärkt werden, um die Integration der Geflüchteten zu ermöglichen und eine starke Zivilgesellschaft weiter zu fördern.*

*Die Willkommensinitiativen werden direkt angeschrieben und darum gebeten, den Fragebogen möglichst breit zu verteilen. Der Fragebogen kann auch angefordert werden unter [integrationsbeauftragte@masgf.brandenburg.de](mailto:integrationsbeauftragte@masgf.brandenburg.de).*

### **135 Seiten: Willkommen in Brandenburg**

Die Erfahrung zeigt bei vielen: Kuchen und Plätzchen sind immer ein gutes Geschenk für die neuen Nachbarn. Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung hat jetzt ein neues Buch herausgebracht, das noch mehr über Brandenburg erzählt als die traditionellen Kekse.

Hier kann „Willkommen in Brandenburg“ kostenlos bestellt werden. PS: Das Buch ist nicht nur für neue Brandenburger\*innen lehrreich

### **Wettbewerb "Gärten der Integration" gestartet**

Urban gardening – viel mehr als Gemüseanbau

Boden lockern und Kompost verteilen, Gemüse anbauen und Werkzeuglager zimmern – Gartenarbeit vermag es auf einzigartige Weise, ein Gefühl von Ortsverbundenheit und „Verwurzelung“ zu vermitteln. Kaum ein Ort ist besser geeignet um miteinander ins Gespräch zu kommen und Kontakte zu knüpfen. Daher leisten Kleingärtnervereine und Gemeinschaftsgärten, die ihre Anbauflächen für geflüchtete Menschen öffnen, einen wichtigen Beitrag zur Integration der Menschen, die derzeit in Deutschland Schutz vor Krieg und Gewalt suchen. An solche Gärten richtet sich der Wettbewerb „Gärten der Integration“.

Der Wettbewerb sucht Projekte und Initiativen, die dem „urbanen Gärtnern“ zuzuordnen sind und die geflüchtete Menschen einbeziehen oder von Geflüchteten initiiert wurden. Dazu gehören Gartenprojekte aller Art, wie z.B. Kleingärtnervereine und Gemeinschaftsgärten mit Flüchtlingsarbeit, Interkulturelle Gärten oder Gärten auf dem Gelände von Flüchtlingsunterkünften.

Im Juni, September und November wird je ein Projekt als „Garten der Integration“ ausgezeichnet und erhält ein Preisgeld von 500 Euro. Die Einreichungsfrist für die erste Auszeichnung ist der 15. Mai 2017, letzter Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2017.

Möchten Sie auf dem Laufenden bleiben?

Jeden Monat informieren wir per E-Mail über besondere Wettbewerbsbeiträge und natürlich die Siegerprojekte, sowie über die Aktivitäten der DUH. Abonnieren Sie jetzt unseren Newsletter.

[Newsletter-Abo](#)

### **Begleitheft zu rechtsextremen Symbolen in sieben Sprachen**

Migrant\*innen können sich seit kurzem in ihrer Heimatsprache über rechtsextreme Symbole und Codes informieren. Im Rahmen des Projekts "Demokratie in Vielfalt" ist ein mehrsprachiges Begleitheft als bekannte Faltkarte "Styles und Codes des Rechtsextremismus" von der Landeszentrale für politische Bildung

erschienen. Übersetzt wurde die Erklärung der Symbole in die deutsche und sechs weitere im Land Sachsen-Anhalt relevanten Sprachen (Arabisch, Englisch, Farsi, Französisch, Polnisch und Russisch).

[>mehr](#)

### **Kinder- und Jugendbericht**

Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter“ – unter diesem Titel ist Anfang Februar 2017 der 15. Kinder- und Jugendbericht (15. KJB) erschienen

Dieser fordert ausdrücklich, Jugend als eigenständige Lebensphase wieder in den Fokus zu nehmen. In dieser Phase des Aufwachsens sind junge Menschen gefordert, selbstständig zu werden, eine Position zu finden und zu vertreten sowie sich zu qualifizieren. Der Bericht nennt dies die „drei Kernherausforderungen“ dieses Lebensabschnitts.

Was tut die Gesellschaft im Allgemeinen und die Jugendpolitik bzw. die Kinder- und Jugendhilfe im Besonderen, damit junge Menschen diese drei Herausforderungen möglichst gut bewältigen können?

Dieser Frage widmet sich der 577 Seiten lange Bericht – und kommt nicht in allen Bereichen zu zufriedenstellenden Antworten. Sehr kritisch bewerten die Sachverständigen etwa, dass der Aspekt „Qualifizierung“ das Aufwachsen zulasten der anderen Aufgaben „Verselbstständigung“ und „Selbstpositionierung“ dominiert. Jugendliche insbesondere im Prozess der Selbstpositionierung zu unterstützen, ist eine Aufgabe, für die sich die Praxis der politischen und kulturellen Bildung durchaus verantwortlich sieht.

Nicht wirklich gut weg kommt die Ganztagschule. Sie habe die in sie gesetzten Erwartungen bisher nicht erfüllen können, so die AutorInnen. Beispielsweise sei es ihr nicht gelungen, zum Abbau von Bildungsbenachteiligung beizutragen. Die Sachverständigen fordern

deshalb, den Ganzttag neu zu konzipieren. Sie ermutigen die Akteure der Jugendarbeit – also auch der politischen und kulturellen Bildung –, Farbe zu bekennen, für welche Rechte von Jugendlichen sie stehen und welche Rahmenbedingungen sie ermöglichen wollen – und dies selbstbewusst in Bildungslandschaften einzubringen.

Als drei weitere zentrale Herausforderungen benennt der Bericht: politische Bildung als übergreifendes Prinzip der Kinder- und Jugendarbeit, Diversität und Inklusion sowie eine stärkere Berücksichtigung der Perspektive einer digital vernetzten Jugend.

### **Wie funktioniert die Grundschule in Brandenburg?**

Informationen für Eltern über die jeweiligen Neuerungen zum Schuljahresbeginn und vieles mehr rund um die ersten sechs Schuljahre (PDF-Datei zum Herunterladen).

[www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/5l1bm1.c.18603.de](http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/5l1bm1.c.18603.de)

### **INNENBEREICHSENTWICKLUNG, GESTALTUNGSBEIRÄTE, GARTENSTADT**

### **BMUB und BBSR fördern den Einsatz von Innenentwicklungsmanagern**

Das Bundesbauministerium und das BBSR fördern Kommunen, die mit neuen

Ansätzen mehr ungenutzte Flächen für den Wohnungsbau aktivieren wollen. Die Städte setzen dafür Innenentwicklungsmanager ein und erweitern mit verschiedenen Bausteinen eine aktive Innenentwicklung.

### **Das Comeback der Gartenstadt**

Was können Stadtplaner aus der mehr als 100 Jahre alten Idee der Gartenstadt lernen? Eine vom BBSR veröffentlichte Forschungsarbeit reflektiert die Entwicklung von Gartenstädten, stellt Fallbeispiele vor und zeigt, wie sich die Gartenstadtidee neu interpretieren lässt.

### **Einladung: Konferenz "Mehr Qualität durch Gestaltungsbeiräte"**

Ziel der Fachkonferenz am 17. Mai 2017 in Mannheim ist es, die Landschaft der Gestaltungsbeiräte in Deutschland und ihren Mehrwert für die Baukultur an Hand von Erfahrungen aus der Praxis zu untersuchen.

## **TRANSPARENZ UND DEMOKRATIE**

### **Online Petition für Parität in den Parlamenten**

Der Deutsche Frauenring e.V. setzt sich mit einer Online Petition für eine 50% Frauenquote in den Parlamenten ein. 2017

gilt als „Superwahljahr“. Im März wird im Saarland, im Mai in Schleswig-Holstein und Nordrhein -Westfalen gewählt und im September sind Bundestagswahlen. Das war Anlass , in der diesjährigen Brandenburgischen Frauenwoche mit dem Motto „Frauen MACHT faire Chancen“ den Fokus auf das Thema politische Partizipation von Frauen zu legen. Die Diskussionen mündeten oftmals in der Forderung nach einem Paritäts –Gesetz , hier gibt es nun eine Gelegenheit diesen Gedanken weiter zu unterstützen!

### **Junge Wähler und Wählerinnen erreichen – Wahlkampf mit WhatsApp**

Warum sollten Politiker und Politikerinnen auf einer Plattform aktiv sein, bei der es um Dating geht, Hasenohren auf Selfies der Renner sind und Bilder von Schuhen des FDP-Vorsitzenden Christian Lindner die meisten Views erhalten? Weil sich da die junge Zielgruppe aufhält. Eine Artikelreihe bei [politik-digital.de](http://politik-digital.de) will zeigen, wie WhatsApp, Instagram, Snapchat und Tinder in der politischen Kommunikation genutzt werden können und welche Politikerinnen und Politiker diese besonders gelungen einsetzen.

### **Transparenzranking 2017**

Am 2. März 2017 hat Mehr Demokratie das erste Transparenz-Ranking herausgegeben. Es ist in Zusammenarbeit mit der Open Knowledge Foundation (OKF) entstanden. Die Untersuchung zeigt, dass den BürgerInnen der Zugang zu Behördeninformationen in vielen Bundesländern schwer oder sogar ganz unmöglich gemacht wird. Elf von 16 Bundesländern erhielten in der Bewertung weniger als die Hälfte der möglichen Punktzahl. Erreichen konnte man 100 Punkte, die sich aus folgenden Bereichen zusammensetzen: Informationsrecht (maximal 28 Punkte), Auskunftspflichten (20 P.), Ausnahmen (18 P.), Antragstellung (14 P.), Gebühren (10 P.) und Informationsfreiheitsbeauftragte/r (10 P.). Spitzenreiter im Transparenz-Ranking

ist Hamburg mit 69 von 100 Punkten. Dort war nach 2012 nach einer Volksinitiative das bundesweit erste Transparenzgesetz verabschiedet worden. Auch der Bund wurde bewertet, er kommt auf 39 Punkte und läge damit mit Brandenburg auf dem 8. Platz. Bayern, Hessen, Sachsen und Niedersachsen haben 0 Punkte.

[Transparenzranking 2017](#) (PDF, 1,5 MB)

### **Programm zur Befreiung amtlicher Informationen**

Für Freies Wissen ist unveröffentlichtes Wissen immer eine Herausforderung. Wikimedia Deutschland hat deshalb in Verbindung mit FragDenStaat.de ein Programm zur Befreiung von Daten und Informationen begonnen, die im Besitz von Behörden sind. Diese Daten können mit dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) von jedem auf Bundesebene und in den meisten Bundesländern ohne Angabe von Gründen erfragt werden. Allerdings können dabei Gebühren von bis zu 500 Euro erhoben werden. Über Wikimedia Deutschland ist eine Erstattung der Gebühren möglich, sofern die Informationen für die Wikipedia, Wikidata oder andere Wikimedia-Projekte relevant sind und anschließend dort eingepflegt werden. Das Portal FragDenStaat.de hilft beim Stellen der Anfragen.

[Weitere Informationen zum Förderprogramm](#)

### **GBK-MITGLIEDERVERSAMMLUNG**

#### **Protokoll der Mitgliederversammlung der GBK Brandenburg am 11.2.2017 in Potsdam**

#### **Tagesordnung**

Wahl der Versammlungsleitung

Feststellung der Beschlussfähigkeit  
Annahme des Protokolls von der letzten Mitgliederversammlung  
Bericht des Vorstandes, des Schatzmeisters, der Kassenprüfung und Entlastung des Vorstandes  
Wahl des Vorstandes  
Wahl eines Rechnungsprüfers  
Haushaltsplanung der GBK 2017  
Planung 2017

Es nahmen 16 Mitglieder teil. (Siehe Anwesenheitsliste)

Ansgar Gusy wurde einstimmig per Akklamation zum Versammlungsleiter gewählt.

Der Versammlungsleiter stellte die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest, da ordnungsgemäß mindestens sechs Wochen vorher eingeladen wurde.

Das Protokoll der letzten Mitgliederversammlung wurde einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.

Die GBK Sprecherin Ursula Nonnemacher berichtete von der Vorstandsarbeit des letzten Jahres. (Siehe Anlage 1)  
Der Versammlungsleiter stellte den Jahresabschluss 2016 vor. (Siehe Anlage 2)

Die Sprecherin Cornelia Behm verlas den Bericht der Kassenprüfung. (Siehe Anlage 3)

Nach Rückfragen und Aussprache wurde der Vorstand bei einigen Enthaltungen einstimmig entlastet.

Der Versammlungsleiter verabschiedete Sigrid Schuhmacher aus dem Vorstand und überreichte ihr ein kleines Präsent.

Für den neuen Vorstand kandidierten als Sprecherin Ursula Nonnemacher sowie als Sprecherin und Schatzmeisterin Cornelia Behm. Als Beisitzer\*innen kandidierten Dr. Elke Seidel, Janny Armbruster sowie Chris Rappaport.

Nach einer Aussprache wurde der geheime Wahlgang eröffnet. Es wurden 16 Stimmen abgegeben. Alle Kandidierenden wurden einstimmig gewählt. Alle gewählten nahmen die Wahl an. Ihnen wurde ein kleines Präsent überreicht.

Carola Graumann kandidierte nicht wieder als Rechnungsprüferin. Die Versammlung dankte ihr für ihre langjährige Arbeit. Als neuer Rechnungsprüfer wurde Andreas Walther aus Potsdam vorgeschlagen. Er wurde per Akklamation einstimmig gewählt und nahm die Wahl an.

Der Versammlungsleiter stellte den Haushalt 2017 vor. Er wurde nach Aussprache einstimmig angenommen. Aus der Versammlung wurde angeregt, die Gelder des Tagesgeldkontos fairer anzulegen. (siehe Anlage 2)

#### Planung 2017

Anschließend diskutierte die Versammlung über die Planung 2017 und nahm sie zur Kenntnis. (siehe Anlage 4) Angeregt wurden Seminare zu den Themen Baumschutzsatzungen, Bürgermeisterwahlen, Social Media, Elternbeiräte in Kitas, Umsetzung von Lärmschutzplänen und Luftreinhalteplänen. Außerdem sollte verstärkt auf die Bestellseminare hingewiesen werden. Angeregt wurde auch eine weitere Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden, zum Beispiel Königs Wusterhausen zum Wiesenhof.

#### Verschiedenes

Ursula Nonnemacher berichtete, dass in Falkensee die Rechte der Gleichstellungsbeauftragten in der Hauptsatzung neu festgelegt wurden. Übernommen wurden die Paragraphen 22-24 aus dem Landesgleichstellungsgesetz. Dieses will der Bürgermeister beanstanden. Außerdem berichtete sie weiter, dass eine Direktwahl der Seniorenbeiräte von der Kommunalaufsicht nach zehn Jahren als unzulässig angesehen wurde.

Die Mitgliederversammlung endete um 17:05 Uhr.

### **Bericht des Vorstandes zur Mitgliederversammlung am 11. Februar 2017**

Die Arbeit der GBK teilt sich in die drei großen Bereiche Information, Beratung und Seminare auf.

### **Information**

Im letzten Jahr wurden 36 Info-mails verschickt, um aktuelle Informationen aus der Kommunalpolitik direkt den Mitgliedern zukommen zu lassen.

Drei Mitgliederrundbriefe wurden erstellt und versandt. Der GBK-Rundbrief 111 wurde auch gedruckt und auf der LDK ausgelegt.

Es gab viele Anfragen zu einer aktuellen Ausgabe der Kommunalverfassung, die z.T. an Gemeinden in hoher Auflage gegen Kostenerstattung gesendet wurde. Deshalb hat die GBK die Kommunalverfassung als Broschüre layouten und drucken lassen und stellt sie weiter kostenfrei zur Verfügung. Auch jedem Mitglied dürfte eine Broschüre zugegangen sein.

In Arbeit ist eine Broschüre zum Thema Massentierhaltung, die zusammen mit dem BUND herausgegeben wird und sich ausschließlich auf die Rolle von Kommunalpolitiker\*innen und deren Handlungsmöglichkeiten bezieht. Aus Krankheitsgründen konnte sie 2016 nicht fertig gestellt werden.

Die Homepage wurde ständig gepflegt, aktuelle Meldungen eingesetzt und mit neuen Beiträgen versehen. Neben den Seminardokumentationen und den Rundbriefen wurde verstärkt die Rubrik Meldungen bedient.

### **Beratung**

Die Beratungsarbeit wurde ein fester Bestandteil des Vereins. Neben Kurzberatungen, meistens kurz vor Ausschusssitzungen oder Terminen der Gemeindevertretungen kam es auch zu Beratungstreffen mit Fraktionen oder mehreren KommunalpolitikerInnen. Insgesamt führten wir über 76 Beratungsgespräche.

Es gab keine thematischen Schwerpunkte, jedoch sind Fragen zur Kommunalverfassung und Geschäftsordnung der größere Teil der Anfragen.

Folgende Seminare wurden im Jahre 2016 geplant:

### Seminare

Nr.	Datum	Ort	Titel	TN	
V1	16. 1. 10-16 Uhr	Rangsdorf	ökologisch Bauen und Bedarfsplanung	13	
V2	13.02. 10- 16 Uhr	Potsdam	Kommunaltag	43	
V3	19.02. 17- 19.30	Teltow	Kommunale Baupolitik in Teltow	8	Mit Fraktion CDU/Grüne Teltow
V4	26.02. 16- 19 Uhr	Lübben	kommunales Vernetzungstreffen SüdOst	13	Mit Benjamin Raschke MdL
V5	27.2. 11- 13 Uhr	Stegelitz	Verwaltungsstruktur reform in der Uckermark	11	
V6	12. 3 10- 16 Uhr	Frankfurt (Oder)	Aufsichtsratsschulung	9	Mit Stadtfraktion Frankfurt (Oder)
V7	19.3. 10- 16 Uhr	Potsdam	Seminar Gute Kitas brauchen Qualität	6	
V8	21. Mai	Brieselang	Kommunale Sportpolitik: Vereine und mehr	ausgefallen	
V9	28.5. 10- 14 Uhr	Potsdam	Frauenvernetzungstreffen Gleichstellungspolitik in der Kommune	18	
V10	10.06. 16- 20 Uhr	Potsdam	Vernetzungstreffen mit LT-Fraktion	14	Mit Landtagsfraktion B90/Grüne
V11	02.7.	Potsdam	Pflegeseminar	ausgefallen	
V12	22.9. 17- 19 Uhr	Potsdam	Gesprächskreis Dorf Bürgerengagement im Dorf	9	
V13	24.9. 10- 16 Uhr	Potsdam	Kommunalpolitisches Planspiel für Frauen	11	

V 14	24.9. 10- 16 Uhr	Mahlow	Gelassener Umgehen mit Wutbürger*innen	15	Mit Fraktion B90/Grüne Blankenfelde
V15	07.10. 16.30- 19 Uhr	Lübben	kommunales Vernetzungstreffen SüdOst Landesentwicklungsplanung, Wahlen Bürgermeister	10	Mit Benjamin Raschke MdL
V 16	20.10. 17- 19 Uhr	Potsdam	Gesprächskreis Dorf Historische Dörfer und Neubebauung	7	
V17	5./6. 11. 9-19 Uhr 9- 15 Uhr	Falkenhagen	Kommunalpolitik und Klimaschutz im Osten Brandenburgs	15	Mit Stadtfraktion Frankfurt (Oder)
V18	14.11. 17-19 Uhr	Schöneiche	„Autofahrer, Straßenbahn –Wie soll die Zukunft des ÖPNV in Schöneiche aussehen?“		Kooperation mit kommunalpol. Forum Brandenburg
V 19	17.11. 17- 19 Uhr	Potsdam	Gesprächskreis Dorf Soziales Unternehmertum im ländl. Raum	11	
V 20	22.11. 17- 19 Uhr	Schöneiche	„Längeres gemeinsames lernen – und Chancen für ein weiterführendes Bildungsangebot in Schöneiche“		Kooperation mit kommunalpol. Forum Brandenburg
V21	06.12. 19- 21 Uhr	Potsdam	Divest now- Potsdam muss raus	10	
V 22	10.12.	Potsdam	Kommunale Finanzen	ausgefallen	

Insgesamt hat die GBK wesentlich mehr Seminare geplant und durchgeführt. Neben dem zentralen Angebot wurden auch viele Veranstaltungen auf Anfrage vor Ort organisiert.

Dadurch ist die Zahl der Kooperationspartner\*innen stark gestiegen. Außerdem haben wir mit den Dörfergesprächen eine Seminarreihe aufgelegt, um dieses Format zu eruiieren.

Die GBK nutzt zur Veröffentlichung der Seminare auch den Kalender der Landeszentrale für politische Bildung. Für die zentralen Seminare wurden an alle Ämter und Amtsfreien Gemeinden sowie Landkreise ein gedrucktes Programm gesendet. Der Rücklauf war jedoch überschaubar.

Die TeilnehmerInnenzahl konnte um ca. 10 % gesteigert werden, auch die Angebotsstunden wurden erhöht.

### **Vernetzung**

Die GBK nimmt an den Vernetzungstreffen der grün-nahen Kommunalpolitischen Vereinigungen teil, die zweimal jährlich stattfinden. Anregungen fließen in die Arbeit der GBK durch Veröffentlichungen sowie durch neue Kontakte für Referent\*innen ein.

Sigrid Schuhmacher vertritt die Bündnisgrünen im Präsidium des Städte- und Gemeindebundes. Vertreten wird sie dort von Werner Suchner, dem parteilosen Bürgermeister aus Calau. Hier kommt es zum Protokollaustausch.

Die GBK nimmt auch an den Klausuren der Landtagsfraktion teil, zuletzt 2016 und wird das auch in diesem Jahr tun. Anfang 2017 war die GBK auch auf der Klausurtagung des Landesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen vertreten. Die GBK war mit einem Stand auf der LDK des Landesverbandes vertreten.

Die GBK ist Mitherausgeberin der Fachzeitschrift für Alternative Kommunalpolitik AKP. Sie hat für 2016 wieder mehrere Abonnements übernommen. Sie bringt Inputs und Autor\*innenvorschläge in die Redaktionssitzungen ein.

### **Mitgliederentwicklung**

Der Mitgliederstand sieht so aus, dass wir 31 Einzelmitglieder sowie 20 Fraktionen und Kreisverbände als Mitglied haben.

Ein Mitglied ist aus gesundheitlichen und Altersgründen ausgetreten

Entwicklung in Zahlen

2015 + 1 Fraktion, 1 Mitglied, 1 KV

2016 -1 Mitglied

### **Verwaltung**

Die Prüfungen des Ministeriums des Inneren sind nicht weiter fortgeschritten.

Alle Kommunalvertreter\*innen sind erfasst, doch noch lange nicht alle sachkundigen Einwohner\*innen.

Alle bündnisgrüne Mitglieder, die ein Mandat haben, werden jetzt automatisch in den Kommunalverteiler übernommen.

### **Quellen**

Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg, AKP, DStGB, Mehr Demokratie Berlin-Brandenburg, Berlin Institut, bpb, duh, masgf, mbjs, IDUR, ZMI-Newsletter